

Nein

zu Hartz!

Ja

**zum Kampf gegen
Arbeitslosigkeit!**



**Herausgegeben vom:
Revolutionär Sozialistischen Bund
IV. Internationale (RSB)**

Inhalt:

Vorwort	3
Die Erwerbslosen bekämpfen statt die Arbeitslosigkeit? Har(t)zer Roller stinkt zum Himmel. Widerstand jetzt!	5
Nein zu Hartz! Ja zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit!	11
Dumpinglöhne über SPA Des Pudels Kern aus dem Hause Hartz	18

Herausgegeben vom Revolutionär Sozialistischen Bund/IV. Internationale (RSB)
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel. & Fax: 06 21 / 156 40 46
Email: buero@rsb4.de, <http://www.rsb4.de>

Erscheint im Selbstverlag, 1. Auflage 2003

VORWORT:

Nein zu Hartz! Ja zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit!

Wenige Stunden nach seiner Vereidigung im Herbst 2002 beschloss das neue Kabinett Schröder/Fischer die Umsetzung der „Hartz-Vorschläge“. Damit zeigte die Bundesregierung, was sie gegen Arbeitslosigkeit und deren Ursachen tun will: nichts.

Berlin dokumentierte damit aber auch, dass es ernst wird mit dem bisher bedeutendsten Angriff gegen Erwerbslose und Noch-Beschäftigte. Hartz steht für staatlich organisierte Zwangsleihearbeit, für die Aushöhlung von Tarifverträgen und die Zerstörung der staatlichen Arbeitslosenversicherung. Die Hartz-Maßnahmen sind deshalb abzulehnen und zu bekämpfen.

Die offizielle Arbeitslosenzahl lag im Dezember 2002 bei 4,225 Millionen. Die bekannt gegebene Arbeitslosenquote lag bei 10%. 8,2% im Westen und 17,6% im Osten. Weitere Arbeitsplatzvernichtung ist schon angekündigt: in der Chemieindustrie, bei den Banken, in der IT-Branche, bei der Telekom...

„SOLIDARPAKT“? NEIN DANKE!

Arbeitslosigkeit ist ein Resultat der kapitalistischen Produktionsweise. Dennoch gibt es eine große Koalition quer durch alle bürgerlichen Parteien, die Unternehmensverbände und Gewerkschaftsapparate, die nicht nur den „Solidarpakt zur Verteidigung des Standortes Deutschland“ im Zeitalter des Kasinokapitalismus und der transnationalen Konzerne auf ihre Fahnen geschrieben hat, sondern angeblich auch noch die Arbeitslosigkeit bekämpfen will. In Wirklichkeit werden damit Flexibilisierung und Deregulierung gefördert und soziale Gegensätze verschleiert - ein gemeinsames Interesse von Kapital und Arbeit an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht.

Der Logik der „Verteidigung des Standortes Deutschland“ muss die Logik der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und der internationalen Solidarität entgegengestellt werden. Entschlossener Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und gegen anhaltende Massenarbeitslosigkeit kann nur heißen: Verteidigung aller Arbeitsplätze, Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung neuer gesellschaftlich sinnvoller und gesicherter Arbeit.

ARBEITSPLATZABBAU STOP!

Es muss Schluss sein mit dem ständigen Abbau von Arbeitsplätzen selbst durch profitable Unternehmen. Wenn beispielweise Siemens, ein Konzern der wegen seiner Milliardenrücklagen als Bank mit Produktionsabteilung gilt, die Vernichtung tausender Arbeitsplätze durchsetzen will, dann muss dies mit allen erforderlichen Mitteln verhindert wer-

den. Mit betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenwehr, aber auch mit einer politischen Initiative, die das Verbot des Arbeitsplatzabbaus zunächst in profitablen Firmen zum Ziel hat.

Gegen Personalabbau brauchen die Betriebs- oder Personalräte zudem ein Vetorecht. Das Geschäftsgeheimnis hindert die Belegschaften daran, die „Gründe“ für Entlassungen zu prüfen. Sie benötigen deshalb die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und das Recht auf Einsicht in die Geschäftsbücher des Unternehmens.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG JETZT!

Die Dauer der Arbeitswoche muss gesetzlich und tarifvertraglich so weit verkürzt werden, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt ist. Die Löhne und Gehälter müssen regelmäßig entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Es muss ein Mindesteinkommen für alle garantiert werden (zur Zeit etwa 800 Euro pro Person plus die ortsübliche Warmmiete). Die bundesweite Durchsetzung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ein erster Schritt würde Millionen Arbeitsplätze schaffen. Dem müsste eine schnelle weitere Verkürzung auf 30 Stunden pro Arbeitswoche folgen.

SINNVOLLE ARBEIT FINANZIEREN!

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist undenkbar ohne die staatliche Finanzierung neuer Arbeitsplätze. Zum Beispiel für den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Dienstes (Bildung, Kultur, Gesundheit, Medien, Kommunikation), für den Ausbau eines umweltfreundlichen Verkehrssystems und der regenerativen Energien. Die Befristung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist abzulehnen. Leiharbeit und Arbeit auf Abruf dürfen Hartz zum Trotz in Zukunft nicht mehr zugelassen werden.

Das Geld für die Verwirklichung dieser Forderungen ist da. Es muss allerdings gesellschaftlich verfügbar gemacht werden: durch die drastische Reduzierung der Militärausgaben, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als ersten kleinen Schritt in Richtung einer radikalen Steuerreform, die die Reichen und Superreichen zur Kasse bittet, durch eine Streichung der öffentlichen Schulden, denn die Banken haben genug daran verdient, und durch eine Nutzung der Spekulationsgelder für soziale und produktive Zwecke. Allein dadurch könnten mehrere 100 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Es ist keine Frage, dass nur durch massiven öffentlichen Druck das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit bekämpft gemacht werden kann. Die GegnerInnen der kapitalistischen Globalisierung, die organisierten Erwerbslosen und vor allem die aktiven GewerkschafterInnen sind jetzt gefordert, die Gegenwehr gegen die Hartz-Gesetze zu stärken. Die in der vorliegenden Broschüre gesammelten Texte sollen einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung leisten.

Politisches Sekretariat des RSB, 14.01.2003

DIE ERWERBSLOSEN BEKÄMPFEN STATT DIE ARBEITSLOSIGKEIT?

Har(t)zer Roller stinkt zum Himmel. Widerstand jetzt!

1998 verspricht Schröder im Bundestagswahlkampf, bis 2002 die registrierte Zahl der Erwerbslosen auf unter 3,5 Millionen zu senken. 2002 beglückt uns die von Schröder eingesetzte Kommission des Doktor Hartz mit dem Wahlkampfversprechen, bis Ende 2005 die 2-Millionenmarke zu unterschreiten.

Fakt ist eine anhaltende Rekordarbeitslosigkeit. Offiziell über 4 Millionen, davon 1,4 Millionen im Osten. Real sind nach gewerkschaftlichen Angaben 6-7 Millionen erwerbslos. Tendenz sogar steigend. Die Erwerbslosenquote ist in Ostdeutschland immer noch doppelt so hoch wie im Westen.

Fakt ist aber auch, dass es Schröder und Hartz um mehr als Wahlkampfgetöse geht. Das bekannt gewordene 13-Punkte-Papier von Hartz ist der bisher radikalste Angriff auf die Erwerbslosen, auf die staatliche Arbeitslosenverwaltung und Arbeitslosenversicherung, nicht zuletzt auch ein Angriff auf die noch Beschäftigten und das Tarifvertragssystem der BRD. Strategische Ziel ist eine qualitativ und quantitativ neue Dimension der Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Privatisierung der Arbeitsverwaltung. Daran werden auch mögliche taktisch bedingte Änderungen in den kommenden Wochen nichts grundsätzlich ändern.

GENERALANGRIFF

Neu sind die meisten, ganz im Geiste und Jargon der neoliberalen Ideologie verfassten Vorschläge nicht. Neu ist nur ihre umfassende Vermischung zu *einem* Gemenge. Neu ist auch, dass ein SPD-Kanzler glaubt, die Wahlen zu gewinnen, indem er einen derartigen Plan für den Generalangriff gegen Erwerbslose und Noch-Arbeitende aus dem Zylinder zaubern lässt.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürfte dies eines der letzten, bestimmt aber eines der bedeutendsten innenpolitischen Geschenke des noch amtierenden Regierungschefs an das deutsche Kapital gewesen sein.

Denn zweierlei ist sicher: Erstens stellt sich die Hartz-Kommission natürlich nicht die Frage nach den Ursachen und den Verantwortlichen für die Millionenarbeitslosigkeit - nämlich der Arbeitsplatzvernichtung durch den Kapitalismus und dessen hochbezahlte VertreterInnen in Staat und Wirtschaft. Zweitens wird deren Programm auch nach den Bundestagswahlen in der einen oder anderen Form dankbar aufgegriffen werden. Und

das nicht zuletzt deshalb, weil die von der Europäischen Union formulierte Strategie zur „Reform des Arbeitsmarktes“ auch in der Bundesrepublik umgesetzt werden soll.

KOMMISSION

Bevor wir einen Blick auf die Vorschläge der Hartz-Kommission werfen, schauen wir uns an, wer sich in der amtlich als „Kommission zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit“ bezeichneten 15-köpfigen Vereinigung tummelt. Vorsitzender ist der Duzfreund des Kanzlers, Dr. Peter Hartz, Personalvorstand von VW und Erfinder des Lohndumping-Modells 5000 x 5000. Hartz ist Mitglied der IG Metall. Neben drei Vorstandsmitgliedern von BASF, Daimler Chrysler und Deutscher Bank, finden wir hier Manager von Arbeitsplatzvernichtern wie McKinsey und Roland Berger, ferner den Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, zwei amtierende SPD-Politiker - den Arbeitsminister von NRW, Schartau, und den OB von Leipzig, Tiefensee, den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen, als wissenschaftliche Garnitur einen Ost- und einen Westprofessor sowie zu schlechter Letzt den Bezirksleiter der IG Metall NRW, Gasse, und die Verdi-Vorständlerin Kunkel-Weber. Alles sozial bestens abgesicherte Leute, die Arbeitslosigkeit nicht aus eigener Erfahrung kennen dürften. In ihrem Jargon: die „Elite“ der „Profis der Nation“. Für uns: Profiteure oder Nutznießer des kapitalistischen Systems, dessen Krise und folglich dessen Aggressivität immer offensichtlicher wird.

ANGRIFFSACHSEN

Wer sich die Mühe macht, die 13 „Module“ der Hartz-Kommission trotz der neo-liberalen „Neusprache“ zu verstehen, merkt schnell, wohin die Reise gehen soll. Es lassen sich fünf zentrale Angriffssachsen erkennen:

1. Die bundesweite Ausbreitung von Leiharbeit.
2. Die Ausdehnung von Scheinselbständigkeit.
3. Die weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Erwerbslose.
4. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.
5. Die Zerstörung der staatlichen Arbeitslosenverwaltung und -versicherung in ihrer bisherigen Form.

LEIHARBEIT

Mit als „Personalservice-Agenturen“ (PSA) bezeichneten Arbeitskräfteverleihern sollen Erwerbslose angeblich schneller vermittelt werden. Die Entleiher sollen dadurch kein „Unternehmerrisiko“ tragen müssen (zum Beispiel „Neutralisierung des Kündigungsschutzes). Angeblich sollen die PSA-Leihkräfte tariflich entlohnt werden, - Tarifverträge für einen derartigen Bereich gibt es natürlich bisher keine. Wer eine solche Tätigkeit nach drei Monaten Erwerbslosigkeit ablehnt, der/die erhält nur noch ein verringertes Arbeitslosengeld auf dem Niveau der bisherigen Arbeitslosenhilfe. Bevorzugt sollen Familienväter und Alleinerziehende vermittelt werde.

Die privaten Leiharbeitsfirmen dürfen mit zusätzlicher freundlicher Förderung rechnen. Sie sollen bundesweit den Zugriff auf alle „Akteure“ (erwerbslose Leihkräfte und interessierte Entleihunternehmen) und deren Daten erhalten. Das sogenannte Synchronisationsverbot (Verbot des gleichzeitigen Endes der Beschäftigung beim Entleiher und des Arbeitsverhältnisses beim Verleiher) soll ersatzlos gestrichen werden. Zudem soll die bisherige Höchstüberlassungsdauer von zwei Jahren ausgedehnt werden. Angeblich sollen die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen an die Regeln des Entleih-Betriebes angeglichen werden.

Der Aufbau eines staatlich organisierten „Skavenhandels“ und die weitere Ausdehnung des privaten Handels mit Leiharbeitskräften sind abzulehnen. Sie würden den Druck auf tarifvertraglich definierte Arbeits- und Entgeltbedingungen massiv verstärken und individual- wie kollektivrechtliche Befugnisse des/der einzelnen Beschäftigten wie ihrer Interessenvertretungen aushebeln. Die betriebliche Rechte zur Verteidigung von Arbeitsplätzen würden eingeschränkt werden.

Die unterschiedliche Vermittlung verschiedener Erwerbslosenkategorien ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung und orientiert sich zudem an patriarchalischen Vorstellungen. Die staatlich organisierte ZwangseileiharbeiterInnenenschaft nach drei Monaten Erwerbslosigkeit ist ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Berufsfreiheit und ein Bruch des Verbots der Zwangsarbeit.

Der uneingeschränkte Zugriff auf Daten von Erwerbslosen durch Leiharbeitsfirmen ist ein Bruch des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (Datenschutz).

Die verbale Bekundung der Notwendigkeit von tarifvertraglichen Regelungen für dieses Millionenheer von Hartz'schen ZwangseileiharbeiterInnen ist wertlos und irreführend. Leiharbeit schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern fördert den Vormarsch ungeschützter Arbeitsverhältnisse zu Lasten regulärer Arbeitsplätze noch mehr. Tarif- und



Die monatlich erscheinende Zeitschrift des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) berichtet regelmäßig über Themen aus Betrieb und Gewerkschaften, zur Innenpolitik und zu internationalen Themen.

Zu bestellen über

das RSB-Büro oder per Email:

avanti@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)

25 EURO

Halbjahresabo

13 EURO

Förderabo (1 Jahr)

mind. 40 EURO

Probeabo (3 Ausgaben)

5 EURO

Den Betrag bitte auf das Konto 634 816 106 bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen. Auslandbezug auf Anfrage.

Gesetzesbruch nehmen dann schnell weiter zu (Lohndumping, Ausdehnung von - unbezahlten - Arbeitszeiten, Aushebelung von Mitbestimmungsrechten, von Kündigungsschutz, Arbeitsschutz und so weiter und so fort).

SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT

Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Schwarzarbeit sollen sogenannte Ich-AGs und Familien-AGs gefördert werden. Angeblich soll Schwarzarbeit in „legale“ Arbeit umgewandelt werden. Sämtliche daraus erzielten Einnahmen sollen mit einer Pauschalsteuer von 10 % belegt werden. BezieherInnen von Arbeitslosengeld sollen einen Teil ihrer „Stütze“ behalten dürfen.

Derartige Maßnahmen bauen die Schwarzarbeit keineswegs ab, da die meisten SchwarzarbeiterInnen nicht erwerbslos gemeldet sind. Schwarzarbeit ist für die in der „Schattenwirtschaft“ Tätigen und ihre Auftraggeber lukrativer als eine offen gemeldete und besteuerte „legale“ Arbeit in einer „Ich-“ oder „Familien-AG“.

Ferner würde diese Strategie der Hartz-Kommission einen weiteren Anreiz schaffen, reguläre steuer- und sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten zurückzudrängen und den Sektor „billiger Arbeit“ weiter auszudehnen.

ZUMUTUNGEN

Unter dem zynischen Motto „Fördern und Fordern“ sollen die Zumutbarkeitsregelungen weiter verschärft werden. Die Beweislast wird grundsätzlich zu Ungunsten der Erwerbslosen umgedreht. Der/die Arbeitslose soll nachweisen, dass eine abgelehnte Stelle unzumutbar ist. Vermittlung in untertarifliche Arbeit soll möglich werden. Die berufliche Qualifikation und Erfahrung, die Bindung an einen Wohnort sollen in Zukunft keine Rolle mehr spielen. Diese Grausamkeiten flankieren das Modell einer bundesweiten Zwangsleihearbeit und sollen es erst funktional machen.

Die Opfer der systembedingten Erwerbslosigkeit sollen für ihre Situation letztendlich selbst verantwortlich gemacht und für ihre Notlage zusätzlich bestraft werden. Im Prinzip soll jede und jeder gezwungen werden können, praktisch jeden Job überall anzunehmen.

KÜRZUNGEN

In den ersten sechs Monaten sollen Erwerbslose eine monatliche Pauschalsumme erhalten, die in drei verschiedene „Leistungsklassen“ unterteilt werden soll. Zwischen dem 6. und 12. Monat der Erwerbslosigkeit soll Arbeitslosengeld wie bisher bezahlt werden. Zwischen dem 12. und 24. Monat soll lediglich ein reduziertes Arbeitslosengeld zustehen, welches der derzeitigen Arbeitslosenhilfe entspricht. Nach 24 Monaten soll auch dieser reduzierte Anspruch entfallen.

Die Arbeitslosenhilfe soll mit der Sozialhilfe zusammengelegt und auf deren Niveau verringert werden. Damit würde die Koppelung der Höhe der Arbeitslosenhilfe an das bisherige Erwerbseinkommen gekappt.

Für ältere Erwerbslose soll ab dem 55. und bis zum 60. Lebensjahr lediglich noch ein Anspruch auf dieses reduzierte „Arbeitslosengeld“ bestehen. Schon jetzt gehen Hartz und Konsorten von einer Anhebung dieser Altersgrenzen aus. Sie planen die einmalige Auszahlung der jeweils zustehenden Summe, um Ältere aus der Erwerbslosenstatistik verschwinden zu lassen und deren bisherige Ansprüche als Arbeitslose zu kappen.

Jede Reduzierung der Erwerbslosenunterstützung (Höhe und Bezugsdauer) und die Barabgeltung von Ansprüchen aus der Arbeitslosenversicherung ist abzulehnen. Die Spirale der Armut würde dadurch noch mehr beschleunigt und der Zwang zur Arbeit im Alter, zum Beispiel in Form einer „Ich-“ oder „Familien-AG“, verstärkt werden.

PRIVATISIERUNG

Vor etwa 75 Jahren wurde mit dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der bis dato jüngste Teil des staatlichen Sozialversicherungssystems geschaffen. Jetzt stehen die darauf aufbauenden Regelungen der Bundesrepublik durch den Hartz'schen „Zweistufenplan für kunden- und wettbewerbsorientierte Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ zur Disposition.

Mit der Ernennung des früheren Mainzer Sozialministers Gerster (SPD) zum neuen Chef der Bundesanstalt für Arbeit (mit massiv erhöhten Bezügen), der Einführung von „Vermittlungsgutscheinen“ und der verstärkten Beteiligung von privaten Arbeitsvermittlern ist der erste Teil dieses Vorhaben bereits umgesetzt.

Die zweite Stufe soll mit den bereits skizzierten Elementen erreicht werden. Anstelle von Menschen mit Rechtsansprüchen aus einer staatlich garantierten und organisierten Arbeitslosenversicherung sollen jetzt diese als „Kunden“ ausgelagerter beziehungsweise privatisierter Leiharbeitsfirmen zum Ausbau des Bereichs ungeschützter Jobs gezwungen werden. Frei nach der Gleichung: weniger Rechte plus mehr Zwang plus weniger Geld ist gleich mehr „Arbeitswilligkeit“. Zudem steht der bisher öffentlich-rechtlichen Bundesanstalt für Arbeit unter ihrem neuen „Vorstandsvorsitzenden“ Gerster die „Modernisierung“ nach dem Mager-Modell privater Unternehmen („Lean Management“, „Outsourcing“ usw. usw.) bevor.

WIDERSTAND

Der Hartz-Kommission und ihrem Auftraggeber geht es nicht um eine Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Es geht ihr um eine weitere massive Ausweitung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse und des Niedriglohnsektors. Die weitere Entrechtung der Erwerbslosen soll Hand in Hand mit der beschleunigten Aushöhlung der Flächentarifverträge einhergehen. Der Systembruch im staatlichen Sozialversicherungssystem soll nun auch bei der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden.

Obwohl dadurch nicht zuletzt die Grundlagen der Gewerkschaften unterhöhlt werden, bereiten VertreterInnen des Gewerkschaftsapparats in der Hartz-Kommission diesen sozialen Großangriff mit vor. Die Logik des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ zeigt erneut ihre verheerenden Folgen für Erwerbslose und Noch-Beschäftigte.

Sogenannte Spitzen-Gewerkschafter wie Sommer (DGB), Bsirske (Verdi) oder Zwickel (IGM) sind trotz einzelner Vorbehalte voll des Lobes für die Hartz-Pläne. Offensichtlich glauben diese Herren, der Regierung Schröder, dem „kleineren Übel“, nicht die vermeintlich letzten Wahlchancen vermessen zu dürfen.

Kapitalvertreter warnen bereits vor einer „Verwässerung“ des Hartz-Konzeptes. Die Parlamentsparteien mit Ausnahme der PDS sehen darin trotz allem Wahlkampf-Getöse eine gemeinsame politische Plattform für die kommenden Attacken auf Erwerbslose und Noch-Beschäftigte.

Alle, die die Interessen der arbeitenden Klasse als die eigenen ansehen, können das Hartz-Konzept nur rundweg ablehnen. Es gilt jetzt, den breitestmöglichen Protest und Widerstand innerhalb und außerhalb der Betriebe und Gewerkschaften gegen den Har(t)zer Roller zu organisieren.

Politisches Komitee des RSB, 08.09.2002

die internationale - theorie

***Bisher erschienen in der Reihe die internationale - theorie u.a. folgende Titel
(Eine Übersicht aller lieferbaren Titel findet sich unter www.rsb4.de):***

- | | | | |
|--------|--|--------|---|
| Nr. 3 | Einführung in die marxistische
Wirtschaftstheorie | Nr. 21 | Intelligenz und Klassenkampf |
| Nr. 7 | Faschismus heute | Nr. 22 | 1968 - Die unvollendete Revolte |
| Nr. 11 | Freies Kurdistan | Nr. 23 | Stalinismus |
| Nr. 13 | Eigentum verpflichtet - zu nichts! | Nr. 24 | Wer hat die Macht in Euroland?
Die EU - ein antidemokratisches Projekt |
| Nr. 17 | Der Mythos der Globalisierung | Nr. 25 | Strukturen der Geschichte - Einführung in
den historischen Materialismus |
| Nr. 18 | Che Guevara | Nr. 26 | Arbeiterkontrolle der Produktion |
| Nr. 19 | Im Herzen der Bestie - Zur Theorie und
Praxis der Stadtguerilla.
Teil 1 - Modell Deutschland | Nr. 27 | Die IV. Internationale und der Krieg |

Bezugsbedingungen: Je Exemplar 3 EURO, bei Sammelbestellungen ab 5 Expl. 2,50 EURO (zuzgl. Porto). **Bestellungen:** RSB Hamburg c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; Email: hamburg@rsb4.de

Nein zu Hartz! Ja zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit!

1. Das Ausmaß der aktuellen kapitalistischen Wirtschaftskrise zeigt sich am deutlichsten im Ansteigen der Massenerwerbslosigkeit. Derzeit sind in den entwickelten Staaten mehr Menschen arbeitslos als auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1929-32. Weltweit galten 2002 rund 1 Milliarde Menschen als erwerbslos.

In der Bundesrepublik ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit 1990 stark angestiegen und verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. Im September 2002 waren offiziell fast 4 Millionen Menschen registrierte Arbeitslose. Hinzu kommt die „stille Reserve“ von über zwei Millionen Menschen, jene Gruppe von Erwerbslosen, die nicht oder nicht mehr registriert sind. Zudem fehlen Arbeitsplätze für alle, die in „Maßnahmen“ der Arbeitsämter statistisch versteckt sind (Umschulungen, ABM-Stellen...). Die bekannt gegebene Arbeitslosenquote lag bei 9,5%. 7,7% im Westen (2,59 Mio.) und 17,2% im Osten (1,35 Mio.). Das regionale Gefälle reicht von Sachsen-Anhalt mit 18,8% bis Baden-Württemberg mit 5,4% registrierten Arbeitslosen.

Es ist noch schwerer geworden, wieder in Arbeit zu kommen. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist auf einen „Erinnerungsposten“ zusammengeschmolzen. Bei den Arbeitsämtern waren im September 2002 lediglich nur noch 419.844 offene Stellen bekannt, davon 349.770 im Westen und 70.074 im Osten. Etwa jedeR dritte Erwerbslose sucht schon seit mehr als 12 Monaten eine Stelle - mit schwindenden Chancen. Besonders betroffen von Erwerbslosigkeit sind Frauen in Ostdeutschland. Die Zahl der KurzarbeiterInnen lag 2001 bei 122.942.

Weitere Arbeitsplatzvernichtung ist schon angekündigt: in der Chemieindustrie, bei den Banken, in der IT-Branche, bei der Telekom... Die Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen trägt genauso wie die Umsetzung der „schlanken Produktion“ in privaten Großunternehmen das Ihre dazu bei.

Alle genannten Zahlen sind nur von begrenztem Erklärungswert, da insgesamt ein viel größerer Teil der arbeitenden Klasse von Arbeitslosigkeit betroffen war, ist oder demnächst sein wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass in der BRD derzeit etwa 12 Millionen Menschen direkte Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben.

2. Arbeitslosigkeit ist mit hohen finanziellen Einbußen (etwa 50% des bisherigen Einkommens) verbunden. Millionen nicht registrierter Menschen erhalten überhaupt keine Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit.

Je länger Erwerbslosigkeit dauert, desto größer werden die finanziellen Einbußen und umso schwieriger wird es, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden. Selbst in den wenigen Fällen, wo Arbeitsplätze angeboten werden, sind finanzielle und sonstige Verschlechterungen die Regel.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und dem Anwachsen der Armut - nicht nur in der BRD. Neben der materiellen Verarmung und dem sozialen Abstieg sind die vielfältigen durch Arbeitslosigkeit bedingten Schädigungen als nicht minder schwerwiegend anzusehen:

- Zunahme von Suchtkrankheiten in allen Formen (Alkohol, Tabletten, Rauschgifte...),
- wachsende Verbreitung psychosomatischer Krankheiten (Herzerkrankungen, Magengeschwüre, Bluthochdruck...),
- Verschlimmerung bereits vorhandener psychischer Störungen und
- steigende Selbsttötungszahlen.

Dies alles ist letztlich Ergebnis der durch Erwerbslosigkeit verschärften gesellschaftlichen Isolierung und der damit verbundenen Zerstörung des Selbstbewusstseins und der Selbstbehauptungskraft von Menschen.

3. Von den Unternehmern und der Bundesregierung wird die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen die (Noch)-Beschäftigten benutzt.

Auch 2001 mussten die Beschäftigten bei einer durchschnittlichen Steigerung von 1,6% einen erneuten Reallohnverlust hinnehmen. Für 2002 deutet sich zwar infolge der Streiks eine Besserung an, aber für die meisten Lohnabhängigen liegt der Reallohn unter dem Niveau der frühen 80er Jahre.

Neben dem Abbau von Löhnen und Gehältern wird der Leistungsdruck in sämtlichen Bereichen vorangetrieben. Immer weniger Menschen müssen immer mehr leisten. Einschüchterung, weitere Disziplinierung und Erpressung von Belegschaften sowie wachsender Arbeitsdruck - verstärkt durch neue Formen der Arbeitsorganisation wie Teamarbeit - fördern die Zukunftsängste der Lohnabhängigen und die Entsolidarisierung.

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

**INPREKORR - die marxistische Monatszeitschrift mit
Berichten von politisch Aktiven aus der ganzen Welt**

Einzelheft: 4,5 EUR | Jahresabo: 26 EUR | Erm. Abo: 15 EUR | Soliabo: ab 40 EUR

Bestellung bei: Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln
oder in linken Buchhandlungen, <http://www.inprekorr.de>

Die Inprekorr wird herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale

Unternehmen und Bundesregierung nutzen die Massenarbeitslosigkeit aus, um ihre Angriffe gegen die Beschäftigten und die Gewerkschaften zu verstärken. Deregulierung (aller tariflichen sowie gesetzlichen Lohn- und Sozialstandards) sowie totale Flexibilisierung der Arbeitszeiten sind die Hauptlösungen ihrer neoliberalen, marktradikalen Propaganda. Als ein Vorbild sehen die Herrschenden die Verhältnisse auf der britischen Insel an. Dort ist nur noch die Hälfte der Arbeitsverhältnisse in irgendeiner Form tarifvertraglich geregelt. Lediglich für etwa ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten gelten noch landesweite Einkommenstarifverträge. Der „moderne“ britische Arbeitsmarkt ähnelt einer Studie des Londoner Arbeitsministeriums zufolge immer mehr den Verhältnissen im 19. Jahrhundert.

Wenige Stunden nach seiner Vereidigung beschloss das Kabinett Schröder/Fischer die Umsetzung der „Hartz-Vorschläge“. Damit zeigte die Bundesregierung, was sie gegen Arbeitslosigkeit und deren Ursachen tun will: Nichts. Berlin dokumentiert damit aber auch, dass es ernst wird mit dem bisher bedeutendsten Angriff gegen Erwerbslose und Noch-Beschäftigte.

Bereits 1995 sind ansatzweise Pläne des Bundesarbeitsministeriums bekannt geworden, das Arbeitsförderungsgesetz marktradikalen Vorstellungen entsprechend völlig umzugestalten und das bisherige System der Arbeitslosenversicherung weitgehend zu zerstören. Hartz hat unter anderem an diesen Vorgaben angeknüpft. Sein Konzept steht für staatlich organisierte Zwangsleihearbeit, für die weitere Aushöhlung von Tarifverträgen und die Zerschlagung von staatlicher Arbeitslosenversicherung und -verwaltung.

4. Arbeitslosigkeit ist ein naturwüchsiges Resultat der kapitalistischen Produktionsweise. Periodisch auftretende Überproduktionskrisen führen zur Vernichtung von Produktivkräften. Die ständige, durch neue Technologien und Formen der Arbeitsorganisation verschärfte Ausbeutung bewirkt, dass immer weniger Arbeitskräfte immer mehr produzieren. Der ruinöse Konkurrenzkampf auf allen Ebenen hat die Ausplünderung und Ausschaltung einer wachsenden Zahl von Unternehmen auf der einen Seite und die fortschreitende Konzentration von Kapital auf der anderen Seite zur Folge. Eine wachsende Kluft öffnet sich zwischen den vergrößerten Kapazitäten zur Herstellung von Waren und der verringerten Massenkaufkraft. Diese und andere Elemente der Profitwirtschaft verursachen gesetzmäßig Massenarbeitslosigkeit.

Die bürgerliche Propaganda versucht - bisher erfolgreich - von den Ursachen abzulenken. Die „Ausländer“ und das Ausland, die zu hohen Löhne, die zu langen Urlaubszeiten, die zu kurzen und zu starren Arbeitszeiten, die Gewerkschaften, die zu geringen Gewinne, die Wechselkurse, die zu scharfen Umweltbestimmungen, die „Schwarzarbeiter“, die Doppelverdienerinnen - all das und noch viel mehr bildet einen scheinbar unentwirrbaren Knäuel von Pseudoerklärungen, der nur eines beweisen soll: Die Arbeitslosigkeit kann eigentlich gar nicht beseitigt werden.

Dennoch gibt es eine ganz große Koalition quer durch alle bürgerlichen Parteien, die Unternehmensverbände, Gewerkschaftsapparate und Kirchen, die nicht nur den „Solidarpakt zur Verteidigung des Standortes Deutschland“ im Zeitalter des Kasinokapitalismus und der transnationalen Konzerne auf ihre Fahnen geschrieben hat, sondern angeblich auch noch die Arbeitslosigkeit bekämpfen will. In Wirklichkeit werden damit Flexibilisierung und Deregulierung gefördert. Das radikale Infragestellen dieser Ideologie und dieser Atmosphäre des Burgfriedens, die jede wirkliche Bewegung gegen Massenarbeitslosigkeit ersticken, ist eine Voraussetzung für den Fortschritt im Kampf gegen dieses soziale Erzübel des Kapitalismus.

Der „Solidarpakt“ - sei es als „Bündnis für Arbeit“ oder als „Harz-Kommission“ - bedeutet die Verschleierung von sozialen Gegensätzen. Ein gemeinsames Interesse von Kapital und Arbeit an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Was den einen ein willkommenes Druckmittel, ist den anderen ein zunehmend schwereres Bleigewicht. Es muss immer wieder deutlich gemacht werden, wer Arbeitsplätze warum vernichtet - die privaten und öffentlichen Unternehmen wegen des Ziels der Profitmaximierung und der „Kostensenkung“.

Der Logik der „Verteidigung des Standortes Deutschland“ muss die Logik der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und der internationalen Solidarität entgegengestellt werden. Nur so können letztlich die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Vernichtungskonkurrenz bekämpft und das Ausspielen eines Teils der arbeitenden Klasse gegen einen anderen verhindert werden.

5. Im internationalen Vergleich der imperialistischen Führungsmächte fällt auf, dass die tariflichen und gesetzlichen Regelungen der Arbeitswelt in der BRD - trotz der sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung der Gewerkschaftsapparate - für die ungehemmte neoliberale Offensive der Bürgertums immer noch einen Bremsklotz darstellen.

Wenn die arbeitende Klasse allerdings nicht eine entscheidende Schwächung hinnehmen soll, müssen ihre organisierten Teile den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit endlich entschlossen aufnehmen. Entschlossener Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und gegen anhaltende Massenarbeitslosigkeit kann nur heißen: Verteidigung aller Arbeitsplätze, Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung neuer gesellschaftlich sinnvoller und gesicherter Arbeit.

Es muss Schluss sein mit dem ständigen Abbau von Arbeitsplätzen selbst durch profitable Unternehmen. Wenn beispielweise Siemens, ein Konzern der wegen seiner Milliardenrücklagen als Bank mit Produktionsabteilung gilt, die Vernichtung tausender Arbeitsplätze durchsetzen will, dann muss dies mit allen erforderlichen Mitteln verhindert werden. Mit betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenwehr, aber auch mit einer politischen Initiative, die das Verbot des Arbeitsplatzabbaus zunächst in profitablen Firmen zum Ziel hat.

Gegen Personalabbau brauchen die Betriebs- oder Personalräte zudem ein Vetorecht. Das Geschäftsgeheimnis hindert die Belegschaften daran, die „Gründe“ für Entlassungen zu prüfen. Sie benötigen deshalb die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und das Recht auf Einsicht in die Geschäftsbücher des Unternehmens.

Die Dauer der Arbeitswoche muss so weit verkürzt werden, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt ist. Die Löhne und Gehälter müssen regelmäßig entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Es muss ein Mindesteinkommen für alle garantiert werden (zur Zeit etwa 800 Euro pro Person plus ortsübliche Warmmiete). Die bundesweite Durchsetzung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ein erster Schritt würde Millionen Arbeitsplätze schaffen. Dem müsste schnell eine weitere Verkürzung auf 30 Stunden pro Arbeitswoche folgen.

Auch 2002 wurden durch Überstunden Hunderttausende Arbeitsplätze „ersetzt“. Auf der betrieblichen Ebene muss deshalb die Auseinandersetzung um den Abbau von Überstunden geführt werden. Anstelle von Mehrarbeit und Sonderschichten fordern wir die Wiedereingliederung von Erwerbslosen in die Produktion. Wenn Überstunden nicht abgewendet werden können, muss ein Freizeitausgleich mit einem dem Überstundenzuschlag entsprechenden zeitlichem Aufschlag gewährt werden. Jede Form von weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeit im Interesse des Profits ist abzulehnen: ob Kurzarbeit oder produktionsorientierte variable Arbeitszeit. Vom Unternehmen zu verantwortende Reduzierung der Arbeitszeit darf keine Einkommenseinbußen zur Folge haben.

Im Kampf gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen stellen Warnstreiks, Demonstrationen und andere Aktionen wirkungsvolle Mobilisierungsmittel, aber noch keine geeigneten Aktionsformen dar. Nur wenn der Betrieb von der Belegschaft besetzt ist, wenn die von Entlassung bedrohten Beschäftigten ihr Anrecht auf die von ihnen geschaffenen Produktionsanlagen und Produkte ankündigen, sind sie in einer Position der Stärke. Allerdings darf nicht gewartet werden, bis ein Betrieb bankrott ist. Die Besetzung muss an bestimmte Ziele gebunden sein und Unterstützung von außen erfahren. Betriebsbesetzungen gegen Standortstillegungen sollten mit der Perspektive der Verstaatlichung des Betriebes und der Wiederaufnahme der Produktion unter der Kontrolle der Belegschaft erfolgen.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist undenkbar ohne eine entschlossene Finanzierung neuer Arbeitsplätze. Nur in Verbindung damit wird es möglich sein, die Verteilung der Arbeit auf alle Hände sicherzustellen. Der Kampf für die planmäßige Vergabe öffentlicher Arbeiten bedeutet, von den vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten auszugehen. Er bedeutet ferner, feste Ziele zu setzen: z.B. Neubau menschengerechter Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser, Ausbau eines umweltfreundlichen Verkehrssystems und einer Energieversorgung, die auf regenerativen Quellen beruht. Die entsprechenden Pläne müssen unter öffentlicher Kontrolle ausgearbeitet und realisiert werden.

Im Unterschied zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik muss dies Auflagen für die Unternehmen zur Folge haben. Sie erhalten die jeweiligen Aufträge nur, wenn sie eine entsprechende Zahl von Arbeitslosen einstellen. Gibt es nicht genügend Menschen mit entsprechenden Qualifikationen, so sollten sie umgeschult oder weitergebildet werden. Die Belegschaften müssen die Einhaltung der Auflagen solcher öffentlichen Aufträge kontrollieren.

Bei Kurzarbeit fordern wir die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch die Unternehmer auf die Höhe des bisher gezahlten Entgeltes. Bei Arbeitslosigkeit treten wir für ein unbefristetes Arbeitslosengeld ein. Die Deckung des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit muss von den Unternehmen gesichert werden. Bis eine derartige Regelung durchgesetzt ist, muss das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Vorlage treten. Die Bedürftigkeitsprüfung bei Arbeitslosenhilfe muss abgeschafft werden. Die Arbeitslosenunterstützung muss im gleichen Umfang wie der Anstieg der Lebenshaltungskosten mindestens halbjährlich angehoben werden.

Statistische Betrügereien der Bundesanstalt für Arbeit gelten schon seit Jahren als normal. Mit Hartz soll zwar keine neue Arbeit geschaffen werden, dafür aber die Arbeitslosenstatistik um mindestens 500.000 Arbeitslose „erleichtert“ werden. In diesem Jahr haben nach offiziellen Angaben noch 23.400 beim Arbeitsamt gemeldete Jugendliche keine Ausbildungsstelle. Um den viel größeren Ausbildungsstellenmangel in den Griff zu bekommen, ist die Einrichtung staatlicher Ausbildungsstätten unter gewerkschaftlicher Kontrolle erforderlich. Für die Finanzierung dieser Einrichtungen müssen die Nutznießerinnen qualifizierter Arbeitskraft, die Unternehmen, aufkommen. Alle Ausgebildeten müssen in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Bevorzugt müssen die HauptverliererInnen auf dem Arbeitsmarkt eingestellt werden. Wir fordern 50% aller qualifizierten Arbeitsplätze für Frauen. Wir treten für die volle Ausschöpfung der 6%-Quote für behinderte Menschen ein - ohne die Möglichkeit des Freikaufs durch Ausgleichszahlungen der Unternehmen.

Wir lehnen die Befristung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ab. Leiharbeit und Arbeit auf Abruf dürfen in Zukunft nicht mehr zugelassen werden. Der §19 Arbeitsförderungsgesetz, der Menschen aus Staaten von außerhalb der EU faktisch legale Beschäftigung unmöglich macht, muss gestrichen werden.

6. Das Geld für die Verwirklichung dieser Forderungen ist da. Es muss allerdings gesellschaftlich verfügbar gemacht werden: durch die drastische Reduzierung der Militärausgaben, durch eine radikale Steuerreform, die auch die Konzerne, die Reichen und die Superreichen zur Kasse bittet, durch eine Streichung der öffentlichen Schulden, denn die Banken haben daran genug abkassiert und durch eine Nutzung der Spekulationsgelder für soziale und produktive Zwecke. Allein dadurch könnten mehrere hundert Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Es ist keine Frage, dass nur durch massiven öffentlichen Druck ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der von Schröder, Clement und Hartz geplante weitere Sozialabbau verhindert werden kann. Die GegnerInnen der kapitalistischen Globalisierung, die organisierten Erwerbslosen und vor allem die aktiven GewerkschafterInnen sind jetzt gefordert, die Gegenwehr gegen die Hartz-Pläne vorzubereiten.

Für die gegenwärtige Defensive tragen nicht zuletzt die sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Gewerkschaftsführungen ihren Teil der Verantwortung. Ohne eine demokratisch kontrollierte und aktive Gewerkschaftsbewegung wird es kaum möglich sein, die Verteidigung gegen die Umverteilung von unten nach oben effektiv zu organisieren, geschweige denn in die Gegenoffensive zu gelangen. Sie ist undenkbar ohne die gleichberechtigte und uneingeschränkte Einbeziehung der Erwerbslosen in die Gewerkschaftsarbeit. Sie ist unmöglich ohne den Kampf gegen Frauenunterdrückung und Rassismus. Sie ist unvorstellbar ohne das Eintreten für eine Solidarität ohne Grenzen.

7. Für die ArbeiterInnenbewegung und die gesamte Linke stellt der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit die entscheidende soziale Herausforderung da. Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre haben sie bereits bei der Beantwortung dieser Frage versagt. Die Folgen davon sind bekannt:

- Zerschlagung der mächtigsten organisierten ArbeiterInnenbewegung der damaligen kapitalistischen Welt durch die Nazi-Diktatur,
- massiver Sozial- und Lohnabbau,
- Terror gegen alles „Andersartige“,
- Aufrüstung, Krieg und millionenfache Vernichtung.

Auch wenn sich die Geschichte nicht einfach wiederholt: Die soziale Lage in der BRD hat sich unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit bereits stark verschlechtert. Dramatische weitere Angriffe stehen bevor. Die revolutionären SozialistInnen stellen sich der Verantwortung, ihren Beitrag zur Entwicklung der Gegenwehr zu leisten - in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, in den Arbeitsloseninitiativen und den Gewerkschaften, in den Betrieben und im Ausbildungsbereich.

Politisches Sekretariat des RSB, 27.10.2002

DUMPINGLÖHNE ÜBER PSA

Des Pudels Kern aus dem Hause Hartz

Hartz und kein Ende. Das Geschrei von Kapital und Opposition war groß, als die Regierung dem Veto der Gewerkschaftsbürokratie Rechnung trug und vorerst die tarifgebundene Entlohnung der Leiharbeit bei Vermittlung durch die neuen „Personal Service Agenturen“ (PSA) festschrieb.

In der Debatte zeigt sich einmal mehr wie sehr die ArbeiterInnenbewegung durch das Stillhalteabkommen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Berliner Regierung die Hände gebunden sind. Wenn die unverblühten Angriffe von Kapital und Regierung im Namen der Hartz-Kommission ohne großen Widerstand von den Beschäftigten und Erwerbslosen hingenommen werden, dann vor allem wegen mangelnder gesellschaftlicher Gegenkonzepte. Der Vorwurf der Blockade an die Adresse der Gewerkschaften trifft doch erst deshalb zu, weil der Weg zunächst mitbeschriftet worden ist, um dann auf die Bremse zu steigen.

DER JOB DES KONZERNMANAGERS

Der Lärm der Kapitalverbände und der im neoliberalen Unsinn gleichgeschalteten großen Medien ist durchaus nachvollziehbar. Die Leiharbeit, wie sie das Hartzkonzept „1 zu 1“ vertritt, ist eines der zentralen „trojanischen Pferde“ zur Zertrümmerung der bundesdeutschen Tariflandschaft. Als Wiedereingliederungschance von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt gefeiert, dient es real keineswegs dem Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern dem Druck auf den Tariflohn der (Noch-) Beschäftigten. Ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch vor den Weisheiten der Hartz-Kommission durch Leiharbeit vielfach unterlaufen worden, so würde es durch die derart gesetzlich bestimmte Zwischenschaltung der PSA faktisch gänzlich außer Kraft gesetzt. Der Beschäftigungseffekt wäre folgender: Ausweitung der Leiharbeit in den Betrieben auf der einen Seite, Entlassungswellen tarifentlohnter Beschäftigter auf der anderen Seite! Unterm Strich – halten wir es einmal mehr fest – mündet die Sorge von Peter Hartz und Konsorten um die Arbeitslosen im Abbau des Tariflohnes und der entsprechenden Erhöhung der Mehrwertrate. Aber genau das ist ja auch der Job eines Konzernmanagers aus Wolfsburg!

„GEWOLLTE VIELFALT“

Das Kapital diktiert „Superminister“ Clement über die Unternehmerverbände ohne Zweifel den Auftrag, momentanen Widerstand der Gewerkschaftsführung in dieser Frage zu brechen. Ein mögliches Einfallstor ist die zukünftige Verflechtung der Arbeitskraftvermittlung mit den Gewerkschaften. Bei der Neubestimmung der Bundesanstalt für

Arbeit und der Rolle der PSA kann gesetzlich verankerte engere Einflußnahme der Gewerkschaftsbürokratie wahre Wunder bewirken. Für „gestalterische“ Pöstchen werfen die Gewerkschaftsvorstände noch jede erkämpfte Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung über Bord.

Die Argumente für ein Einknicken sind bekannt. „Gewollte Vielfalt“ auf dem Arbeitsmarkt hat der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel entdeckt. Das besonders Frauen eine ihren Lebenserfordernissen und -bedürfnissen angepasste Arbeitszeit benötigen, ist hinreichend bekannt. Ebenfalls ist aber bekannt, dass die Gewerkschaftsführung den einzig dazu erfolgreichen Weg nicht recht betreten mag: Die radikale, zeitlich möglichst schnell umgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

WIE WEITER?

Im Gegenteil, die mißlungene Umsetzung der 35-Stunden-Woche mit dem Effekt erhöhter Arbeitsdichte und –hetze hat dieses Instrument in der ArbeiterInnenklasse unpopulär gemacht. So wird die Gewerkschaftsbürokratie den umgekehrten Weg suchen. Die Phantastereien des gewerkschaftlichen Co-Managements werden sich auf die Arbeitsvermittlung ausdehnen. Da die von der IG-Metall für die Reform des Sozialstaates angedachte „Wertschöpfungsabgabe von Unternehmen entlang dem Umsatz abzüglich der Betriebsausgaben“ mit dieser Regierung nicht zu machen ist, werden ohne betrieblichen und innergewerkschaftlichen Widerstand die tarifzerstörenden Dumpinglöhne der gesetzlich geförderten Leiharbeit früher oder später kommen.

In der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung wird seit geraumer Zeit das Thema Massenarbeitslosigkeit und speziell das Hartz-Papier diskutiert. Wenn es dieser Bewegung gelingt, das Thema neben den notwendigen Antikriegsmobilisierungen auf die Straße zu bringen, werden auch die innergewerkschaftlichen Kräfte gestärkt, die für eine radikale Wende eintreten. Die Gewerkschaftslinken muss sich gegenüber den Kolleginnen und Kollegen und den Millionen Arbeitslosen endlich als handlungsfähig erweisen. Über Hartz ist in deren Reihen viel Scharfsinniges geschrieben worden, allein ein mobilisierender Widerstandsfahrplan steht noch aus. Der gewerkschaftliche Apparat ist nur über solche Mobilisierungen und gegen seine Absichten zu einer Kurskorrektur zu zwingen.

Oskar Kuhn (Avanti 12/2002)

Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN



RSB

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken.

REGIONALE KONTAKTADRESSEN:

RSB Aachen: über RSB Köln; **RSB Berlin:** Postfach 170116, 10203 Berlin; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen; **RSB Halle:** über RSB Berlin; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof, Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o "Linke Projekte", Gravelottestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 47, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:** c/o Infoladen Trier, Hommerstr. 14, 54290 Trier; **RSB Wiesbaden:** c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden.

1,- Euro